



SPD Gemeinderatsfraktion • Sandweg 3 • 67240 Bobenheim-Roxheim

Gemeindeverwaltung Bobenheim-Roxheim
z.H. Herrn Bürgermeister Michael Müller
Rathausplatz 1
67240 Bobenheim-Roxheim

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
ORTSVEREIN BOBENHEIM-ROXHEIM
GEMEINDERATSFRAKTION

Bobenheim-Roxheim, 6. Januar 2021

Einführung eines Kinderschutzdienstes

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion fordert die Gemeindeverwaltung Bobenheim-Roxheim auf, zusammen mit den Gemeindewerken eine Strategie zur angepassten und ausreichenden Netzentwicklung in Bobenheim-Roxheim im Hinblick auf die wachsende Nutzung der privaten E-Mobilität zu entwickeln.

Begründung:

Laut einer Studie der Technischen Universität München, basierend auf einer bundesweiten Umfrage unter rund 3.800 Frauen zwischen 18 und 65 Jahren nach ihren Erfahrungen mit Gewalt gegen sich selbst und gegen die Kinder während des ersten Lockdowns im Frühjahr vergangenen Jahres, kann sich die Pandemiesituation wie ein Brandbeschleuniger für Gewaltsituationen gegen Kinder auswirken. Gerade in Familien die durch die Pandemie besonders herausfordernde Situationen wie finanzielle Sorgen, Arbeitslosigkeit und Depressionen durch Quarantäne erfahren mussten, ist laut der Studie der TU München nahezu jedes zehnte Kind von körperlicher Gewalt betroffen. Das Institut für Sozialpädagogische Forschung in Mainz kommt zwar zu dem Ergebnis, dass Rheinland-Pfalz die Situation bisher besser unter Kontrolle hat als im bundesweiten Durchschnitt und sieht dies in den ausgeprägten Netzwerkstrukturen begründet, allerdings sollten auch wir in der Gemeinde unsere Strukturen zum Schutze von Kindern und Jugendlichen überprüfen.

Eine besondere Rolle bei der Bekämpfung von sexueller, körperlicher und seelischer Gewalt kann hierbei den sogenannten Kinderschutzdiensten zukommen. Mit den Kinderschutzdiensten hat das Land Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Thüringen eine bundesweit einmalige Struktur auf den Weg gebracht, die Mädchen und Jungen im Kindes und Jugendalter in den Blick nimmt, die Opfer von Missbrauch und Misshandlung geworden sind und Ihnen die erforderlichen Hilfen zur Verfügung stellt sowie vor weiterer Gefährdung schützt. Bisher gibt es 16 solcher Kinderschutzdienste in Rheinland-Pfalz die vielfältige Hilfestellung für Kinder und Jugendliche bieten, die von sexueller, körperlicher und / oder seelischer



Gewalt bedroht beziehungsweise betroffen sind oder bei denen ein entsprechende Vermutung besteht. Die Hilfestellungen der Kinderschutzdienste zielen dabei auf eine Stabilisierung der Persönlichkeit von Betroffenen, zeigen erzieherische, soziale, ärztliche und psychotherapeutische Hilfen auf. Darüber hinaus unterstützen sie Erwachsene aus dem unterstützenden Umfeld, wie Eltern, Verwandte, Freunde, die sich um ein Kind Sorgen machen und helfen wollen. Auch ErzieherInnen, LehrerInnen und andere Fachkräfte erhalten von der Fachberatungsstelle des Kinderschutzdienstes Beratung und Unterstützung. Kommunen und kommunale Gebietskörperschaften die sich auf den Weg machen einen Kinderschutzdienst einzurichten, bekommen durch das Land Rheinland-Pfalz Zuschüsse für bis zu je zwei Fachkräfte sowie Zuschüsse für entsprechende Fortbildungsangebote.

Der Gemeinderat fordert die Verwaltung vor diesem Hintergrund auf, die Einführung eines eigenständigen durch das Land geförderten Kinderschutzdienstes zu prüfen.

Hierüber Gespräche mit dem Rhein-Pfalz-Kreis/ der Stadt Frankenthal zwecks einer Kooperation zu führen.

Die entsprechenden Zuschuss- und Fördermöglichkeiten mit dem zuständigen Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz zu erörtern.